

Der Charme des Neuen

Ségolène Royal setzt sich durch

Medard Ritzenhofen*



Mit überraschend klarem Ergebnis hat Ségolène Royal die erste Hürde überwunden und ist zur Präsidentschaftskandidatin des Parti socialiste gewählt worden. Damit ist sie die erste Frau in Frankreich, die für dieses Amt zur Wahl steht. Die Königin der Umfragen muss jedoch vor allem ihr außen- und europapolitisches Profil noch schärfen.

Frankreich ist eine alte und reife Nation. Historisches Bewusstsein, Traditionen, überkommene Sitten und Spielregeln bestimmen seit jeher die Identität eines Landes, das sich schon durch seine klare hexagonale Geographie geerdet weiß. Damit die Bodenständigkeit nicht allzu wirkmächtig wird, greift die Nation gern auf die bewährte Rolle des 'enfant terrible' der europäischen Völkerfamilie zurück, um sich mehr oder weniger regelmäßig in Jacquerien, Revolutionen, Rebellionen und Massenstreiks auszutoben. Die harmlose, eher ästhetische Variante dieser kollektiven Eruptionen ist die publikumswirksame Euphorie über weltweit bestaunte Novitäten à la française. Das Label des Neuen bürgt in Frankreich schon für die Sensation einer Avantgarde. „La nouvelle vague“ (Godard, Truffaut), „le nouveau roman“ (Robbe-Grillet, Butor), „les nouveaux philosophes“ (Lévy, Glucksmann) wie auch „la nouvelle cuisine“ (Bocuse, Guérard) sind eindrucksvolle Zeugnisse.

Nun hat der letzte Schrei auch die hohe Politik erreicht. „Notre pays doit se redresser. Je veux lui donner cette fierté qui l'aidera à écrire avec tous les siens une nouvelle page de son histoire“, verkündet Ségolène Royal – und mit ihr die erste Frau, die in der französischen Geschichte nach der Macht greift. Auch wenn in so unterschiedlichen Staaten wie Israel, Indien, Großbritannien, Pakistan oder auch Deutschland dieser ultimative Beweis weiblicher Gleichberechtigung schon erbracht worden ist, hat er doch in Frankreich, wo seit al-

ters her ausschließlich Männer regierten, und die Frauen erst 1945 in den Genuss des Wahlrechts kamen, einen besonderen Charme. Dies umso mehr, als die von der Linken gekürte Prätendentin auf das höchste Staatsamt so apart ist, dass sie als Model für die gehobene Klientel der mittleren Generation keinen Vergleich zu scheuen hätte.

Ségolène Royal hat die erste große Hürde beim Hindernislauf zum Elysée-Palast mit Bravour genommen. Sie ist nun die offizielle Kandidatin des Parti socialiste (PS) für die im Frühjahr nächsten Jahres stattfindenden Präsidentschaftswahlen. In der internen Urabstimmung der bei weitem größten Partei der französischen Linken deklassierte sie am 16. November ihre beiden männlichen Konkurrenten. Während Ségolène Royal satte 60 Prozent der Stimmen auf sich vereinte, mussten sich Dominique Strauss-Kahn mit 20,7 Prozent und Laurent Fabius mit 18,7 Prozent zufrieden geben. Selbst zusammen genommen erreichten die Rivalen nicht einmal zwei Drittel der Stimmen (70 605) der strahlenden Siegerin (108 807). In 101 der insgesamt 104 Verbänden ('fédérations') der Départements lag Ségolène Royal an der Spitze. Eindrucksvoller hätte das Parteivolk ihre Kandidatin nicht designieren können.

Dabei handelt es sich bei denen, die das Nachsehen haben, um zwei der einflussreichsten Notabeln der Partei. Der ehemalige Wirtschafts- und Finanzminister Dominique Strauss-Kahn („DSK“) personifiziert wie kein anderer die sozial-demo-

* Medard Ritzenhofen lebt als freier Journalist in Straßburg.

kratische Erneuerung einer Partei, die den Sozialismus nie offiziell verabschiedet hat. Laurent Fabius, schlüpfte vor dem Referendum über den EU-Vertrag in die Rolle von dessen wortmächtigsten Kritiker und profiliert sich seitdem als jakobinischer Anti-Liberaler. Doch die Sozialisten wollten weder den ausgewiesenen Wirtschaftsfachmann „DSK“ zur Rechten noch den wendigen Politprofi Fabius zur Linken. Mit Madame Royal wählten sie weniger den goldenen Mittelweg als vielmehr die Kandidatin, die geschickt rechte und linke Positionen besetzt. Wenn sie einen autoritäreren Kurs bei der Kriminalitätsbekämpfung vertritt, will sie dem Börsenkapitalismus mit „Solidarität“ und „Protektion“ den globalen Wind aus den Segeln nehmen. So hob das Parteivolk nicht einen ihrer achtbaren Fürsten, sondern die attraktive Favoritin auf den Schild.

„Le vote utile“

Indem sie dies mit vereinten Kräften taten, haben sich die Sozialisten nicht zuletzt selbst einen Dienst erwiesen. Denn mit der eindeutigen Investitur der Königin der Umfragen hat die Partei aus ihrem unrühmlichen Wahlverhalten vom 21. April 2002 gelernt: Indem sich die französische Linke beim ersten Wahlgang der letzten Präsidentschaftswahlen angesichts der Vielzahl linker Kandidaten leichtsinnig verzettelte, ließ sie den Matador Lionel Jospin nicht nur gegen Jacques Chirac, sondern auch gegen Jean-Marie Le Pen durchfallen. Dass sich ein regierender Sozialist – Jospin war von 1997 bis 2002 ein angesehenere und keineswegs erfolgloser Premierminister – dem rechtsextremen Politrabauken vom Dienst geschlagen geben musste – und dies zum Pflichtvotum für den Neogaullisten Chirac im zweiten Wahlgang zwang –, hat dem PS schwer zu schaffen gemacht.

Um für ihre schmachliche Niederlage 2002 Revanche nehmen zu können, ist die Linke gehalten, klug zu wählen. Eine Zersplitterung der Stimmen auf ihr traditionell weit ausgefächertes Lager kommt zwangsläufig der Rechten zugute. Dass sie sich, anders als vor fünf Jahren, durchaus auf den viel beschworenen „vote utile“ verstehen, haben

die Sozialisten mit ihrem massiven Votum für Ségolène Royal bewiesen. „La guerre des trois roses“ (*Libération*) wurde eindeutig entschieden. Die beiden Verlierer Strauss-Kahn und Fabius erkannten ihre Niederlage umgehend an und versprachen, sich in den Dienst der Partei zu stellen. Darüber hinaus liefert die hohe Teilnahme von 82 Prozent an dieser Urabstimmung einen schlagenden Beweis gegen den gängigen Vorwurf der Politikverdrossenheit. Von den 220 269 Mitgliedern des PS ließen es sich 180 558 nicht nehmen, über ihren Kandidaten für die Königswahl der V. Republik abzustimmen. Dass es in den letzten zwölf Monaten dank herabgesetzter Beitrittsgebühren (20 Euros) eine Eintrittswelle von 68 000 neuen Mitgliedern beim PS gegeben hat („les 20 Euro“), die wohl eher royale Schlachtenbummler sind als loyale Parteileute, stieß den beiden Verlierern zwar sauer auf, wird aber letztlich ohne Belang bleiben.

Sehr viel mehr fällt dagegen ins Gewicht, dass die Sozialisten mit ihrer „Primary à la française“ ein überzeugendes Beispiel innerparteilicher Demokratie gaben. Wie der Parteisekretär François Hollande zu Recht betonte, wurde „la candidate officielle du parti socialiste“ weder durch einen Parteitagsbeschluss noch durch Absprache der maßgebenden Parteilager („courants“) bestimmt, sondern durch die freie Wahl der Mitglieder. Diese hatten zuvor bei sechs öffentlichen Streitgesprächen, von denen drei im Fernsehen live übertragen wurden, Gelegenheit, sich von den Positionen der drei Kandidaten ein Bild zu machen. Wenn „les débats télévisés“ auch keine Sternstunden politischer Rhetorik waren, so gewannen die Programme und Visionen der drei Bewerber doch an Kontur. Ohne dass dabei von einer Seite signifikant Boden gut gemacht worden wäre oder sich jemand vorab disqualifiziert hätte, boten die Diskussionsrunden, „courtoise mais sans concessions“ (*Le Monde*), ein viel beachtetes Podium.

Man kann „la primaire socialiste“ als Medienspektakel kritisieren, doch ihr demokratischer Nutzwert ist allemal größer als das Procedere der bürgerlich-konservativen Partei UMP. Diese wird auf einem Kongress am 14. Januar ihren Präsidentschaftskandidaten bestimmen. Dass dies mit Nicolas Sarkozy der unumstrittene Chef der Partei selbst sein dürfte, wird kaum noch bezweifelt. Als

ebenso sicher gilt, dass sich der Quasi-Kandidat weder dem Votum des Parteivolkes noch einem offiziellen Streitgespräch mit potenziellen Konkurrenten wie Premierminister Dominique de Villepin oder Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie stellen müssen.

„La grande mutation“

Während sich die ehemals neogaullistische Partei, die sich Ende 2002 mit UMP (Union pour un mouvement populaire) einen neuen Namen gab, auf den traditionellen Pfaden der Parteihierarchie bewegt, ist die seit 1905 erst als SFIO (Section française de l'internationale ouvrière), ab 1969/71 dann als PS firmierende Partei der Sozialisten dabei, sich neu zu erfinden. Die demokratische Nominierung ihrer Kandidatin für das Präsidentenamt bildete gleichsam die Ouvertüre einer „grande mutation“ (*Le Nouvel Observateur*) der Linken. Die tragende Hauptrolle kommt dabei der gewählten Hoffnungsträgerin selbst zu. Dabei liegt der Reiz des Neuen nicht nur in deren Weiblichkeit. Auf völlig unorthodoxe Weise hat sich Ségolène Royal an die Spitze der französischen Linken katapultiert.

Sowohl der Sozialist François Mitterrand als auch der Neogaullist Jacques Chirac legten die Basis ihres politischen Aufstiegs mit der Ermächtigung ihrer jeweiligen Partei. Auf Linie getrimmte Volksparteien bildeten links wie rechts das Sprungbrett für die höchsten Weihen politischer Patriarchen. In gleicher Weise waren die neogaullistischen Barone ebenso wie die so genannten „Elefanten“ der Sozialisten langjährige Würdenträger ihrer Parteien.

Ségolène Royal schlug einen anderen Weg ein. Sie hat zunächst die öffentliche Meinung für sich eingenommen und ist dann daran gegangen, die Partei auf ihre Kandidatur zu verpflichten. Bevor sie begann, um die Stimmen ihrer Parteigenossen zu kämpfen, hatte sie bereits in den allgemeinen Popularitätsumfragen die Gunst der potenziellen Wähler gewonnen. Mit dieser Strategie hat die flinke Gazelle die „Elefanten“ in ihrem Trott völlig überrumpelt. In gewisser Weise knüpft der aktuelle Star der französischen Politik an den Über-

vater der V. Republik an. Denn auch ein Charles de Gaulle hatte als Befreier Frankreichs längst die Hochachtung seiner Landsleute gewonnen, bevor er im April 1947 seine Sammlungsbewegung gründete.

Doch die da jetzt so heftig den Charme des Neuen versprüht, ist alles andere als eine Novizin in der Politik. Seit mehr als 20 Jahren ist Ségolène Royal im politischen Geschäft. Erste Erfahrungen sammelte sie schon in den 1980er Jahren im Beraterstab von Staatspräsident Mitterrand. Ein herausgehobenes Amt hat sie gleichwohl bis heute nicht inne gehabt. Als beigeordnete Ministerin für Umwelt (1992–1993), Schulunterricht (1997–2000) und Familie (2000–2002) stand sie eher in der zweiten Reihe. Ihren größten Erfolg feierte sie 2004, als sie bei den Regionalwahlen die Mehrheit in der Region Poitou-Charentes gewann, deren Präsidentin sie bis heute ist. Als erste und einzige Frau steht sie in Frankreich an der Spitze einer Region, wobei diese, im mittleren Westen gelegen, zu den weniger bedeutenden des Landes zählt.

Alles in allem lässt sich sagen, dass der langjährigen Berufspolitikerin ein beispielloser Überraschungscoup gelungen ist. In der V. Republik ist noch kein Politiker so blitzartig vom oberen Mittelfeld der Ämterstufen aufgestiegen, von der sich die beste Aussicht auf den Elysée-Palast bietet. Dass diese Blitzoffensive auch als Spektakel goutiert wird, versteht sich bei einer Nation, die Politik schon immer als bühnenreife Inszenierung zu schätzen wusste, von selbst.

„La belle Ségolène Royal“, so der ehemalige Direktor von *Le Monde* André Fontaine, lässt selbst die seriöse Presse nicht unberührt. Da die Aufmerksamkeit der Medien stets dem Umstand des Neuen, Außergewöhnlichen, Unangepassten gilt, hatte die Sozialistin „sans chapelle, sans courant“ (*Le Monde*) die informelle, aber längst mächtigste vierte Gewalt im Staat von Anfang an auf ihrer Seite. Hinzu kommt, dass die Franzosen von ihrer alten Politikerkaste schlichtweg die Nase voll haben. Die Mandarine des Systems, mögen sie nun Chirac oder Fabius heißen – ersterer war schon unter Giscard d'Estaing, zweiter unter Mitterrand Premierminister –, haben zu oft das Blaue vom Himmel herunter versprochen, als dass große

Teile des Wahlvolks bei den nach wie vor unverblümt gemachten Versprechungen nicht rot sehen würden.

Den neuen Ton, den Ségolène Royal vor allem über ihre allen Bürgern offen stehende Internetseite „www.desirsdavenir.fr“ in die Debatte brachte, stieß deshalb auf viele offene Ohren und Augen. Dass bei Royal dazu ein Hauch von Herz kommt, ist angesichts einer als eiskalt agierend geltenden Elite ebenfalls keine schlechte Empfehlung. Obwohl die drei sozialistischen Bewerber Fabius (60 Jahre), Strauss-Kahn (57) und Royal (53) einer Politikergeneration angehören, ließ letztere ihre beiden Kontrahenten geradezu als Fossile einer überlebten Epoche erscheinen. „Ségolène Royal incarne l'énergie face aux habitudes, l'espérance face au défaitisme ambiant, l'authenticité face aux calculs d'appareil, le courage face aux attaques, la nouveauté face aux vieux schémas, les citoyens face aux élites, l'ordre juste face au laisser-aller inéquitable“, schrieben der Schriftsteller Philippe Besson, der Regisseur Patrice Chéreau, der Kulturpolitiker Christophe Girard sowie der Schauspieler Philippe Torreton in ihrem gemeinsamen Artikel „Ségolène Royal, pourquoi on l'aime“, erschienen am 29. September in *Libération*. In die nüchterne Sprache der Politologen übersetzt bedeutet das: „La désignation de la candidate socialiste marque la naissance d'une troisième gauche.“ (Alain Duhamel)

„La troisième gauche“

Bislang sprachen die Parteiforscher von der „ersten Linken“, deren streng sozialistische Tradition vom Marxismus bis zu den Jakobinern reicht. Personifiziert wird diese „première gauche“ von Léon Blum, Guy Mollet, François Mitterrand, Jean-Pierre Chevènement, Lionel Jospin und Laurent Fabius. Gegenüber dieser weit zurückreichenden linken Hauptströmung der Sozialisten formierte sich in den 1980er Jahren eine reformistische „zweite Linke“, die sich sozialdemokratisch und entschieden europäisch gab. Als ihre Hauptver-

treter gelten der ehemalige Kommissionspräsident der EU Jacques Delors sowie der Mittelrand-Herausforderer Michel Rocard und Dominique Strauss-Kahn. Obwohl diese „deuxième gauche“ modern und zeitgemäß ist, hat sie sich im partei-internen Machtkampf des PS nicht durchsetzen können. Sowohl Rocard als auch Delors wurden in ihren besten Zeiten von einer großen partei-übergreifenden Popularität getragen, dennoch blieb ihnen der entscheidende politische Durchbruch verwehrt. Der Pragmatiker Michel Rocard, Premierminister von 1988–1991, konnte sich gegenüber dem Patriarchen Mitterrand nicht behaupten. Der europäische Gestalter Jacques Delors verzichtete 1994 auf die ihm angetragene Kandidatur für die Präsidentschaftswahl im folgenden Jahr.

Mit Ségolène Royal betritt eine „dritte Linke“ die sozialistische Bühne, die aus dem Erbe beider Vorgängerinnen schöpft. Einerseits besitzt sie den Machtwillen und die Raffinesse der ersten, andererseits weiß sie sich mit der zweiten Linken einig über die Öffnung weit über die eigene Partei hinaus. Das innovative Moment von Royals „troisième gauche“ be-

„Mit Ségolène Royal betritt eine 'dritte Linke' die sozialistische Bühne.“

steht darin, dass mit ihr die „Meinungsdemokratie“ („la démocratie d'opinion“) über die Parteiläson triumphiert. Der in Frankreichs Eliteschulen und Kadern hoch gezüchtete Elitismus, die korporatistische Arroganz der Macht, die schillernden Pariser Mandarine, die klassischen Karrierebahnen ... all das wird keineswegs verschwinden – und wirkt mit einem Mal doch seltsam altbacken. Denn mit der attraktiven Ségolène Royal ist auch das politische Frankreich endgültig in der Mediengesellschaft angekommen: „Le 'ségolénisme' est une méthode, un style, des valeurs qui illustrent cette revanche de la passion sur la raison, des sentiments sur l'idéologie, du médiatique sur le politique.“ (Alain Duhamel).

Dass diese Banalisierung der Politik heftige Kritik hervorruft, versteht sich in einem Land, in dem die öffentlichen Angelegenheiten als Königsdisziplin einer Staatselite gelten, und die ideologischen Labels links und rechts noch längst nicht

zum alten Eisen gehören, von selbst. In der geläufigen Kritik an der „République monarchique“ schwingt doch immer auch der Stolz auf ein unvergleichliches Staatswesen mit. Sollte Frankreich, trotz des entsprechend verheißungsvollen Namens seiner linken Spitzenkandidatin, bei deren Wahl seine exklusive Form von Demokratie verlieren?

„Jurys populaires“

Die Sorge über eine anstehende Nivellierung französischer Besonderheit wird durch programmatische Unwägbarkeiten seitens Madame Royals noch verstärkt. Denn wenn Ségolène Royal auch eine neue Seite in der Geschichte ihrer Partei aufgeschlagen hat, so gilt sie selbst noch immer als ein relativ unbeschriebenes Blatt. Indem sie sich auf keine politische Tradition festlegen lässt, gewinnt sie Zustimmung von allen Seiten. Andererseits weiß der Wähler nicht, wohin die Reise mit einer künftigen ersten Dame des Landes gehen würde. Ihr Vorschlag „jurys populaires“ aufzustellen, die, so Royal wörtlich, die politischen Mandatsträger „überwachen“ sollten, hat für erhebliche Irritation gesorgt.

Royals politisches Credo einer „démocratie participative“ stößt zwar auf viel Sympathie, doch wohin, so wird vielfach gergewöhnt, käme man, wenn das Volk seine gewählten Vertreter, die in Frankreich immer auch ein wenig Erwählte sind, kontrollieren würde? Ähnlich wie bei ihrer früheren Kritik am sozialistischen Paradestück, der 35-Stunden-Woche, stand Ségolène Royal nicht an, umgehend eine Relativierung ihrer Offensive vorzunehmen.

Spielt die internationale Politik im Allgemeinen sowie Europa im Besonderen im französischen Wahlkampf ohnehin nur eine untergeordnete Rolle, so scheint Ségolène Royal mit ihrer Diplomatie schon am Ende zu sein, bevor sie sich der außenpolitischen Dossiers überhaupt richtig angenommen zu hat. Zu einem EU-Beitritt der Türkei scheint sie keine eigene Meinung zu haben, tat

sie doch öffentlich kund: „Meine Meinung ist die des französischen Volkes.“ Nicht nur der Verteidigungsexperte der UMP Pierre Lellouche hatte da leicht spotten über die Illusionen der „Amélie Poulain der französischen Politik“.

In puncto Europapolitik hält sich Ségolène Royal zwar zugute sowohl die Stimmen der EU-Vertragsgegner als auch die der Befürworter auf sich zu vereinen. Doch wie es aus französischer Sicht mit Europa konkret weitergehen soll, steht auch bei Madame Royal in den Sternen. Überhaupt macht die Nonchalance, mit der Frankreich das Thema EU angeht, Staunen. Als ob man nicht selbst mit dem abschlägigen Referendum zum Verfassungsvertrag Europa zurückgeworfen hätte, begnügt man sich mit Planspielen. Auch Royals Plädoyer für ein „sozialeres Europa“ bleibt bis jetzt vage. Einen von Nicolas Sarkozy in die Debatte geworfenen „Mini-Vertrag“, der strittige Punkte zunächst ausklammert, lehnt die Sozialistin ab. Eher scheint sie geneigt, ihre Landsleute über ein ehrgeiziges soziales Projekt mit dem EU-Vertrag versöhnen zu wollen. Wie dies im Detail auszusehen hat, wurde bisher nicht ersichtlich. Dass dabei die bewährte deutsch-französische Achse reaktiviert werden könnte, ließ sich nicht heraushören, die fand

„In Royals europapolitischem Diskurs fand die deutsch-französische Achse nicht einmal Erwähnung.“

nämlich in Royals europapolitischem Diskurs nicht einmal Erwähnung.

In dem gerade in Frankreich stark formatierten Vokabular der Politiker hat es durchaus etwas Sympathisches, wenn jemand nicht auf alle Fragen der Welt eine passende Antwort parat hat. Dass eine Debütantin in der Hochpolitik auch tiefstapeln darf, ist ihr gutes Recht. Madame Royal will es schließlich anders machen, wie sie gern betont: „On peut exercer le pouvoir autrement, et de façon modeste.“ Wie ihre „nouvelle façon de faire la politique“ im Detail aussehen soll, muss sie allerdings noch explizieren. Auch der „madone des sondages“ nimmt man fromme Wünsche nicht ewig ab. Die Zeit drängt. Denn so stark der Reiz des Neuen verführen kann, so schnell ist er auch verfliegen.